Deutscher Bundestag
5. Wahlperiode

Drucksache V/212

Mündliche Anfragen

gemäß § 111 der Geschäftsordnung (Fragestunde) für die

**16. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 26. Januar 1966**

**17. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Donnerstag, dem 27. Januar 1966**

**18. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Freitag, dem 28. Januar 1966**

I. Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

Abgeordneter **Rollmann**

Mit welchem Erfolg hat der Bundesjustizminister auf der Justizministerkonferenz darauf hingewirkt, daß zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Bundesländern ein Abkommen über die Errichtung, die Aufgaben und die Finanzierung eines zentralen Instituts zur Ausbildung und Fortbildung von Strafvollzugsbediensteten abgeschlossen wird?

II. Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

II. 1. Abgeordneter **Dorn**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß junge Beamte auf Probe und Beamte im Vorbereitungsdienst, die zur Ableistung des Wehrdienstes herangezogen werden, später als die nicht zum Wehrdienst einberufenen angestellt werden, da die Anstellung in der Regel erst nach Ableistung der Probezeit erfolgen kann?

II. 2. Abgeordneter **Dorn**

Ist die Bundesregierung bereit, die in der in Frage II/1 geschilderten unterschiedlichen Behandlung der Beamten auf Probe und der Beamten im Vorbereitungsdienst liegende Härte zu beseitigen, beispielsweise durch eine Änderung des § 9 des Arbeitsplatzschutzgesetzes vom 30. März 1957 (BGBl. I S. 293), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. März 1962 (BGBl. I S. 169)?

Druck: Buchdruckerei Peter Meier, 5201 Buisdorf/Siegburg
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg, Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

III. Geschäftsbereich des Bundesministers für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte

Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**

Teilt die Bundesregierung die in dem Urteil der VI. Kammer des Verwaltungsgerichts München vom 20. November 1962 (AZ 6426/62) vertretene Auffassung, daß § 7 des Bundesvertriebenengesetzes infolge der Nichtigkeitserklärung des § 1629 Abs. 1 BGB durch Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 29. Juli 1959 gegenstandslos geworden ist?

IV. Geschäftsbereich des Bundesschatzministers

IV. 1. Abgeordneter **Gierenstein**

Wie weit ist die Privatisierung im Industriegelände Ebenhausen-Werk (Gemeinde Ebenhausen im Landkreis Ingolstadt), das im Rahmen der Landesplanung Bayern als Industrieschwerpunkt im südlichen Teil des Landkreises Ingolstadt vorgesehen ist, gediehen?

IV. 2. Abgeordneter **Gierenstein**

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um den Interessen der Gemeinde Ebenhausen und der bei der Industrieverwaltungsgesellschaft m.b.H., Bad Godesberg, eingemieteten kaufwilligen Firmen gerecht zu werden?

V. Geschäftsbereich des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen

V. 1. Abgeordneter **Dr. Martin**

Wie beurteilt die Bundesregierung das Verhalten des Chefredakteurs des Senders Freies Berlin, der einen Vertrag mit dem Zonenfernsehen unterzeichnet hat, in dem als Gerichtsstand „Berlin, Hauptstadt der DDR" enthalten ist, und die sich daraus ergebenden politischen Folgen?

V. 2. Abgeordneter **Dr. Martin**

War die Bundesregierung über das in Frage V/1 geschilderte Verhalten des Chefredakteurs des Senders Freies Berlin unterrichtet, so daß sie Gelegenheit hatte, vor Abschluß dazu Stellung zu nehmen?

V. 3. Abgeordneter **Dr. Martin**

Welche Maßnahmen sieht die Bundesregierung, um sicherzustellen, daß Körperschaften des öffentlichen Rechts oder sonstige eigenständig handelnde Organisationen nicht das Alleinvertretungsrecht der Bundesregierung gefährden?

V. 4. Abgeordneter **Sänger**

Wann wird die Bundesregierung die 1962 zugesagte Prüfung beenden, ob und in welcher Weise ein Rechtsanspruch von Bürgern der Bundesrepublik Deutschland entsteht, die durch Explosionen von Minen, die jenseits der Demarkationslinie ausgelöst wurden und diesseits Menschen oder Vieh bedrohen, verletzen oder töten oder Sachen beschädigen?

V. 5. Abgeordneter **Sänger**

In welcher Weise will die Bundesregierung die in Frage V/4 genannten Schäden tatsächlich heilen oder entschädigen, wenn, wie in einer bestehenden Verwaltungsvereinbarung geschehen, nur aus Gründen der Billigkeit Entschädigungen gewährt werden sollen?

V. 6. Abgeordneter **Sänger**

Trifft es zu, daß die Bundesregierung für die in Frage V/4 Genannten keinen Rechtsanspruch anerkennen will, weil die Schadensursache außerhalb des Bundesgebietes liege und die Bundesregierung keine Möglichkeit habe, die unmittelbare Beseitigung der Ursache für die mögliche Schädigung zu veranlassen?

V. 7. Abgeordneter **Mattick**

Trifft es zu, daß das gesamtdeutsche Ministerium das Informationsbüro West, das bisher in Berlin unter der Leitung einer Frau Rapp tätig ist, erworben und an einen Privatmann namens Prochazka wiederveräußert hat?

V. 8. Abgeordneter **Mattick**

Trifft es zu, daß die Leitstelle des Informationsbüros West aus Berlin in den Raum Bonn verlegt werden soll?

V. 9. Abgeordneter **Mattick**

Was sind die Gründe für die in Fragen V/7 und 8 erwähnten Veränderungen?

V. 10. Abgeordneter **Weigl**

Wie beurteilt die Bundesregierung die Veröffentlichung von Werbeanzeigen sogenannter volkseigener Betriebe in Presseorganen in der Bundesrepublik?

VI. Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

VI. 1. Abgeordneter **Dr. Becher (Pullach)**

Können nähere Angaben über Vorgeschichte und Durchführung des Verfahrens gemacht werden, das Ende 1965 in der serbischen Stadt Zrenjanin zu einem Todesurteil über den deutschen Staatsbürger Johann Zirischan führte?

VI. 2. Abgeordneter **Dr. Becher (Pullach)**

Welche Maßnahmen können getroffen werden, um deutsche Ferienreisende auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die ihnen von Seiten der jugoslawischen Justiz drohen?

VI. 3. Abgeordneter **Dr. Becher (Pullach)**

Durch welche Maßnahmen kann Jugoslawien dazu bewogen werden, auch eigene Staatsbürger vor ein Gericht zu stellen, die sich an der Ermordung von deutschen Kriegsgefangenen und von Jugoslawien-Deutschen beteiligt haben?

VI. 4. Abgeordneter **Müller (Berlin)**

Stimmt es, daß West-Berliner Firmen während der deutschen Chemieausstellung in Moskau im Gegensatz zu der ursprünglichen Übereinstimmung mit der sowjetischen Ausstellungs-Direktion — wonach sie im Pavillon der

Bundesrepublik gemeinsam mit westdeutschen Firmen ausstellen sollten — die Bezeichnung „West-Berlin" aufgeben und ihren Filialsitz in Westdeutschland angeben mußten?

VI. 5. Abgeordneter **Müller (Berlin)**

Stimmt es ferner, daß andere West-Berliner Firmen, die außerhalb des deutschen Pavillons ausstellten, anstelle des Schildes „Bundesrepublik Deutschland" die Bezeichnung „West-Berlin" führen mußten und daß außerdem die Berliner Flagge gehißt wurde, so daß der Eindruck entstehen mußte, Berlin-West sei ein von der Bundesrepublik getrennter Staat?

VI. 6. Abgeordneter **Liehr**

War sich die Bundesregierung bei Abschluß des EWG-Vertrages vom 23. März 1957 und der gleichzeitigen Unterzeichnung des Protokolls über den innerdeutschen Handel der Tatsache bewußt, daß die SBZ nach dem Vertrag möglicherweise bei Warenlieferungen in die Partnerstaaten als Drittland angesehen werden könnte?

VI. 7. Abgeordneter **Liehr**

Beabsichtigt die Bundesregierung, etwaige nachteilige Folgen, die sich aus der Behandlung der SBZ als Drittland ergeben könnten, durch Änderung des Vertrages und der Verordnungen Nr. 25 und 17/64/EWG anzustreben, oder hat die Bundesregierung schon Maßnahmen ergriffen, um eine weitere Subventionierung von Agrarexporten der übrigen Mitgliedstaaten in die SBZ durch den Fonds auszuschließen?

VI. 8. Abgeordneter **Strohmayr**

Trifft es zu, daß die Bundesregierung Griechenland und der Türkei in beträchtlichem Umfange Militärhilfe zugesagt hat?

VI. 9. Abgeordneter **Strohmayr**

Wie kann sichergestellt werden, daß die Militärhilfe der Bundesrepublik im Falle weiterer Auseinandersetzungen auf der Insel Zypern von der einen oder der anderen Seite oder von beiden interessierten Mächten zum Einsatz gebracht wird?

VI. 10. Abgeordneter **Porzner**

Wird die Bundesregierung dafür sorgen, daß die Arbeitsmöglichkeiten im Politischen Archiv des Auswärtigen Amts verbessert werden, damit Historiker nicht bis zu zehn Monaten warten müssen, bis ihnen ein Arbeitsplatz zugeteilt wird?

VI. 11. Abgeordneter **Kahn-Ackermann**

Welche Konsequenzen beabsichtigt die Bundesregierung im laufenden Haushaltsjahr aus den Darlegungen des offiziellen Berichts der Kulturabteilung des Auswärtigen Amts für das Jahr 1965 zu ziehen, denen insbesondere auf den Seiten 35 bis 41 zu entnehmen ist, daß Personalmangel, Mangel an Aufstiegsstellen, mangelnde Kontinuität der Stelleninhaber

sowie Mangel an geeigneten Persönlichkeiten für den Dienst im Amt und im Ausland in wachsendem Maße die Wirksamkeit der Kulturarbeit im Ausland beeinträchtigen?

VI. 12. Abgeordneter **Kahn-Ackermann**

Welche Konsequenzen beabsichtigt die Bundesregierung aus der in dem in Frage VI/11 genannten Bericht enthaltenen kritischen Beurteilung der Koordinierung von Maßnahmen der technischen und Bildungshilfe zwischen Auswärtigem Amt und anderen beteiligten Ressorts zu ziehen?

VII. Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

VII. 1. **Abgeordneter Schmitt-Vockenhausen**

Welches Ergebnis haben die in der Fragestunde vom 29. Januar 1965 angekündigten Untersuchungen über die Frage erbracht, ob zur eindeutigen Klärung für die Vollzugsbeamten des Bundes entsprechend der in der Hansestadt Hamburg gefundenen Lösung im einzelnen festgelegt werden kann, welche Waffen nach § 2 des Gesetzes über den unmittelbaren Zwang bei der Ausübung öffentlicher Gewalt durch Vollzugsbeamte des Bundes zugelassen sind?

VII. 2. Abgeordneter **Kaffka**

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß der Erlaß des Innenministeriums von Baden-Württemberg zur Durchführung des Personenstandsgesetzes vom 20. März 1958 über den Nachweis der deutschen Staatsangehörigkeit mit dem Personenstandsgesetz vom 8. August 1957 vereinbar ist?

VII. 3. Abgeordneter **Rollmann**

Wie werden die deutschen Behörden in Zukunft mit den sogenannten Wirtschaftsflüchtlingen aus den Ostblockstaaten verfahren?

VII. 4. Abgeordneter **Felder**

Führt die Häufung von Banküberfällen und Bankeinbrüchen in den letzten Monaten beim Bundesinnenministerium nicht zu Überlegungen, auf welche Weise (Rechtsverordnung oder gesetzliche Maßnahmen) das Bankgewerbe zu einer besseren Sicherung gegen Einbrecher und Räuber veranlaßt werden kann?

VII. 5. **Abgeordneter Felder**

Ist dem Bundesinnenministerium nicht bekannt, daß die Landeskriminalämter schon lange darauf hinweisen, daß der obligatorische Einbau von kugelsicheren Glasscheiben in die Kassenräume und die Verwendung von Panzerschränken mit Betonkern sehr rasch zu einen Rückgang der in Frage VII/4 genannten Delikte führen könnten?

VIII. Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

VIII. 1. Abgeordneter **Dr. Ritz**

Hält es die Bundesregierung heute noch für gerechtfertigt, daß nur Paketsendungen an Angehörige in der SBZ steuerabzugsfähig sind (§ 33 e EStG), nicht dagegen Pakete, die an Freunde und Bekannte in der SBZ verschickt werden?

VIII. 2. Abgeordneter **Zerbe**

Bestehen bei der Bundesregierung über die in der Regierungserklärung gegebenen kurzen Mitteilungen allgemeiner Art hinaus Vorstellungen über den zeitlichen Ablauf der Beratungen über die Finanzreform sowie über den Zeitpunkt des Wirksamwerdens dieser Reform?

VIII. 3. Abgeordneter **Zerbe**

Ist die Bundesregierung angesichts der Finanznot, insbesondere der Städte, bereit, schon vor der Finanzreform Maßnahmen zu erwägen, die geeignet wären, den Anteil der Gemeinden an dem Gesamtsteueraufkommen zu erhöhen?

VIII. 4. Abgeordneter **Dröscher**

Welche Möglichkeiten hat die Bundesregierung, eine Gleichstellung der deutschen Beschäftigten bei den Stationierungstruppen mit dem öffentlichen Dienst insoweit zu erreichen, als interessierten Angestellten und Arbeitern die Teilnahme an den Vorbereitungslehrgängen und die Ablegung von Prüfungen für den öffentlichen Dienst genehmigt wird?

VIII. 5. Abgeordneter **Dröscher**

Können Gemeinden, in denen wesentliche Gemarkungsteile durch Bundeswehranlagen genutzt werden, in absehbarer Zeit damit rechnen, daß die Voraussetzungen, bei deren Vorliegen wenigstens Grundsteuer gezahlt wird, zugunsten der Kommunen geändert werden?

VIII. 6. Abgeordneter **Dr. Miessner**

Wann gedenkt der Bundesfinanzminister, der einstimmig angenommenen Entschließung des Deutschen Bundestages vom 23. Juli 1965 entsprechend, der Neufassung der Richtlinien der Deutschen Bundesbahn für die Gewährung von Zulagen für Dienstleistungen zu ungünstigen Zeiten zuzustimmen?

VIII. 7. Abgeordneter **Dr. Miessner**

Ist dem Bundesfinanzminister bekannt, daß die in Frage VIII/6 erwähnte Richtlinienregelung, der inzwischen die Bundesminister für Verkehr und Inneres zugestimmt haben, einen auf parlamentarischer Ebene erzielten Kompromiß in Verbindung mit weitergehenden Forderungen auf dem Gebiet der Arbeitszeit darstellen?

VIII. 8. Abgeordneter **Dr. Miessner**

Ist dem Bundesfinanzminister bekannt, daß die Verzögerung der in Frage VIII/6 erwähnten Neuregelung zu einer erneuten Beunruhigung des Personals bei der Deutschen Bundesbahn geführt hat?

IX. Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

IX. 1. Abgeordneter Strohmayr

Wie beurteilt die Bundesregierung die Feststellung des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, wonach die Preissteigerung von 3,8 Prozent, wie sie in den letzten 12 Monaten eingetreten ist, für die Masse der kleinen Sparer einen Vermögensverlust von real 1,2 Milliarden DM bedeutet?

IX. 2. Abgeordneter **Dr. Gleissner**

Ist es richtig, daß Mißbrauch im Abzahlungsgeschäft eine zunehmende und besorgniserregende Tendenz hat?

IX. 3. Abgeordneter **Dr. Gleissner**

Verfügt die Bundesregierung über Unterlagen oder ist sie in der Lage, sich diese zu beschaffen, aus denen eine erhebliche Steigerung der Autokäufe über Abzahlungsvereinbarungen und Wechselgeschäfte hervorgeht, vor allem im Hinblick auf jugendliche Käufer und von Lohnverpfändungen?

IX. 4. Abgeordneter **Dr. Gleissner**

Wie groß ist die Zahl der Wechselgeschäfte beim Autokauf?

X. Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

X. 1. Abgeordneter **Fellermaier *)**

Ist die Bundesregierung der Ansicht, daß die in mehreren Bundesländern — zuletzt in beängstigendem Umfang in Bayern — stärker aufgetretene Maul- und Klauenseuche unter Kontrolle gebracht werden kann?

X. 2. Abgeordneter **Fellermaier *)**

Treffen Pressemeldungen zu, wonach die erforderlichen MKS-Impfstoffmengen zur Zeit nicht verfügbar sind, um die notwendigen Impfaktionen rasch durchführen zu können?

X. 3. Abgeordneter **Fellermaier *)**

Ist die Bundesregierung bereit, bei der EWG-Kommission in Brüssel darauf hinzuwirken, daß die Seuchenbekämpfung in der Gemeinschaft wirkungsvoller als bisher koordiniert wird?

**) Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

X. 4. Abgeordneter **Ertl** *)

Wieviel Anträge zur Bezuschussung für technische Anlagen bei Futterbaubetrieben (Silo, Unterdachtrocknung, Gülle) konnten im Haushaltsjahr 1965 nicht mehr berücksichtigt werden?

X. 5. Abgeordneter **Schmidt (Kempten)**

In welcher Weise hat die Bundesregierung bisher von der in der EWG-Milchmarktordnung bis zum März 1966 vorgesehenen Erstattungsmöglichkeit für Emmentaler-Export in die EWG-Länder Gebrauch gemacht, um dadurch das Gleichgewicht auf dem Inlandmarkt wiederherzustellen und die Exportgefährdung für deutschen Emmentaler, insbesondere nach Italien, infolge der billigeren Lieferungen aus EFTA-Ländern in dieses Land zu verhindern?

X. 6. Abgeordneter **Schmidt (Kempten)**

Wird die Bundesregierung im Grünen Plan 1966 die Förderungsmittel für technische Anlagen für Futterbaubetriebe so einsetzen, daß in Zukunft die nach den Bestimmungen berechtigten Antragsteller die ihnen zugestandenen Zuschüsse zeitgerecht aufgrund ihrer Anträge erhalten und nicht durch Überhang von noch nicht erledigten Anträgen aus dem Vorjahr die Landwirtschaftsämter diese Mittel erst mit einjähriger Verspätung zur Auszahlung bringen können?

X. 7. Abgeordneter **Leicht** *)

Ist die Bundesregierung mit mir der Meinung, daß die Preissituation und die Versorgungslage bei Wein keine Kontingenterhöhung oder zusätzliche Einfuhren erforderlich machen?

X. 8. Abgeordneter **Leicht** *)

Wird die Bundesregierung bei den kommenden Verhandlungen in Brüssel keine weiteren Zugeständnisse zur Erhöhung der Weineinfuhrkontingente machen?

XI. Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

XI. 1. Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**

Hat die Bundesregierung sichergestellt, daß das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 16. November 1964 beachtet wird, wonach es mit dem Grundgesetz nicht vereinbar sei, daß das Angestelltenversicherungsgesetz diejenigen versicherungfreien Angestellten von der freiwilligen Versicherung in der Angestelltenversicherung ausschließt, die bei ihren Ehegatten in Beschäftigung stehen?

*) *Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

XI.	2. Abgeordneter **Folger**	Ist es richtig, daß die Bundesrepublik Deutschland den größten Beitragsanteil an den Europäischen Sozialfonds leistet, aber wesentlich weniger Mittel daraus für Umschulungsmaßnahmen erhält als z. B. Frankreich?
XI.	3. Abgeordneter **Folger**	Liegt der Grund für den in Frage XI/2 genannten Unterschied darin, daß Frankreich die Umschulung weit großzügiger handhabt als die Bundesrepublik Deutschland?
XI.	4. Abgeordneter **Folger**	Wo bleiben die seit Jahren erwarteten und versprochenen verbesserten Richtlinien der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, die einen weiteren Ausbau der Umschulungsmaßnahmen und damit einen höheren Anteil aus dem Europäischen Sozialfonds bezwecken?
XI.	5. Abgeordneter **Dr. Müller (München)**	Beabsichtigt die Bundesregierung, in nächster Zeit den Widerspruch zu beseitigen, daß zwar unterlassene Hilfeleistung unter Strafe gestellt wird, jedoch Menschen, die bei einem Akt der Nothilfe Schaden an Gesundheit und Vermögen erlitten haben, keine Entschädigung erhalten?

XII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

XII.	1. Abgeordneter **Dr. Hamm (Kaiserslautern)**	Was unternimmt die Bundesregierung, um Unfallschwerpunkte auf Bundesstraßen, die aus örtlichen Gegebenheiten entstehen, systematisch zu erfassen und bei ihrer Straßenplanung zu berücksichtigen?
XII.	2. Abgeordneter **Dr. Hamm (Kaiserslautern)**	Ist die Bundesregierung bereit, ihre Baumaßnahmen an Bundesstraßen in Zukunft mehr als bisher auf die Beseitigung örtlicher Unfallschwerpunkte auszurichten?
XII.	3. Abgeordneter **Dr. Hamm (Kaiserslautern)**	Inwieweit gedenkt die Bundesregierung, der Wichtigkeit der Beseitigung örtlicher Unfallschwerpunkte durch eine gewisse Verlagerung der verfügbaren Straßenbaumittel vom Bundesautobahnbau auf den Bundesstraßenbau Rechnung zu tragen?
XII.	4. Abgeordneter **Lotze**	Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Landwirtschaft fühlbare Schäden dadurch entstehen, daß an der Bundeswasserstraße Weser zwischen dem Mittellandkanal und Bremen gelegene Ländereien alljährlich überflutet werden?
XII.	5. Abgeordneter **Lotze**	Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, der Hochwassergefahr der Weser wirksam zu begegnen, um dadurch Schäden von den davon betroffenen landwirtschaftlichen Betrieben abzuwenden?

XII.	6. Abgeordneter **Kahn-Ackermann**	Trifft es zu, daß das Teilstück der Isar-Talbahn Wolfratshausen — Beuerberg noch in diesem Jahr stillgelegt werden soll?
XII.	7. Abgeordneter **Brück**	Wie ist der Stand der Arbeit der Internationalen Kommission zum Schutz von Mosel und Saar gegen Verunreinigung?
XII.	8. Abgeordneter **Schwabe**	Reichen die derzeitigen Bestimmungen über die Ausführung von Warndreiecken aus, um die kontinuierliche Herstellung und den wünschenswerten breiten Absatz derselben zu gewährleisten?
XII.	9. Abgeordneter **Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein**	Trifft es zu, daß die Deutsche Bundesbahn 1966 trotz höheren Bedarfs nur 2500 Güterwagen ankaufen wird, während in den zurückliegenden Jahren durchschnittlich etwa 10 000 Güterwagen pro Jahr in Auftrag gegeben wurden?
XII.	10. Abgeordneter **Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein**	Ist der Bundesregierung bekannt, daß durch die in Frage XII/9 genannte Einsparungsmaßnahme die Waggonfabriken der Bundesrepublik, die zum Teil fast völlig von Aufträgen der Deutschen Bundesbahn abhängig sind, in eine schwierige wirtschaftliche Situation kommen, die vor allen Dingen auch erhebliche soziale Härten für die Belegschaften mit sich bringt?
XII.	11. Abgeordneter **Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein**	Wird durch die beabsichtigten Sparmaßnahmen bei der Vergabe des Baues von Güterwagen die Deutsche Bundesbahn auch künftig ihre Aufgaben im bisherigen Umfange erfüllen können?
XII.	12. Abgeordneter **Dr. Eppler**	Hat ein Schild an einer Ortsdurchfahrt „Achtung Ortsdurchfahrt, Streuen noch nicht beendet", das den ganzen Winter hindurch angebracht ist, für Straßenbenutzer rechtliche Auswirkungen?
XII.	13. Abgeordneter **Ertl**	Trifft es zu, daß die Deutsche Bundesbahn beabsichtigt, die Frachttarife für lebende Tiere zu erhöhen?
XII.	14. Abgeordneter **Ertl**	Ist der Bundesregierung bekannt, daß durch die Heraufsetzung der Frachttarife für lebende Tiere die bäuerlichen Betriebe, insbesondere in den marktfernen und von Natur benachteiligten Gebieten, mit Einkommensverlusten rechnen müssen?
XII.	15. Abgeordnete **Frau Freyh**	Sind der Bundesregierung bereits von der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn die von der Bundesbahndirektion Frankfurt (Main) erarbeiteten Pläne für das gemeinsame Bauvorhaben V-Bahn der Stadt Frankfurt (Main) und der Deutschen Bundesbahn zugeleitet worden?

XII. 16.	Abgeordnete **Frau Freyh**	Welche künftigen Pläne hat die Deutsche Bundesbahn mit der elektronischen Zugauskunft, wie sie augenblicklich am Hauptbahnhof in Frankfurt (Main) eingerichtet ist?
XII. 17.	Abgeordneter **Weigl**	Hat die Bundesregierung die Einführung einer Gebühr für Ausländer bei der Benutzung unserer Autobahnen prüfen lassen?
XII. 18.	Abgeordneter **Dr. Müller-Emmert *)**	Wird die Bundesregierung in Anbetracht der Stellungnahme der EWG-Kommission zu den Als-ob-Tarifen den Bau des Saar-Pfalz-Kanales nunmehr gemeinsam mit den Landesregierungen von Rheinland-Pfalz und dem Saarland erörtern?
XII. 19.	Abgeordneter **Dr. Müller-Emmert**	Ist der Bundesverkehrsminister in Anbetracht der in einigen Städten gemachten Erfahrungen bereit, auf eine bundeseinheitliche Regelung dahin gehend hinzuwirken, daß Sonderparkplätze für Ärzte eingeführt werden?
XII. 20.	Abgeordneter **Matthöfer**	Welches Ergebnis hatten die in der Fragestunde der 186. Sitzung des 4. Deutschen Bundestages angekündigten Verhandlungen der Bundesregierung mit den Länderregierungen bezüglich der Entschädigungsbestimmungen für erhöhte Schäden, die vor allem dem Einzelhandel bei U-Bahnbauten entstehen?
XII. 21.	Abgeordneter **Matthöfer**	Hält die Bundesregierung eine einheitliche Regelung des in Frage XII/20 genannten Problems durch den Bundesgesetzgeber für zweckmäßig?

XIII. Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

XIII. 1.	Abgeordneter **Dr. Geißler**	Billigt der Bundespostminister die in seinem Amtsblatt vom 23. Dezember 1965 Nr. 148 erlassene Verfügung, daß „in den amtlichen Verzeichnissen der Fernsprechortsnetze das Wort Telefonseelsorge nicht vorkommen darf" und daß es durch das Wort „Fernsprechseelsorge" zu ersetzen sei?
XIII. 2.	Abgeordneter **Dr. Geißler**	Ist der Bundespostminister bereit, diese Verfügung in diesem Punkt zurückzunehmen und damit auch in Zukunft den in der Öffentlichkeit eingebürgerten Begriff „Telefonseelsorge" für die örtlichen Fernsprechnetze zuzulassen?
XIII. 3.	Abgeordneter **Porzner *)**	Ist die Bundesregierung bereit, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß in Rothenburg ob der Tauber und im Landkreis Rothenburg das 2. und 3. Fernsehprogramm empfangen werden können?

**) Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

XIII. 4. Abgeordneter **Porzner *)**

Bis wann wird die Bundesregierung die für den in Frage XIII/3 erwähnten Fernsehempfang nötigen Anlagen errichten?

XIII. 5. Abgeordneter **Dr. Müller (München)**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß deutsche Touristen im unmittelbar benachbarten Ausland zwar mitteldeutsche Sender und deutschsprachige Programme osteuropäischer Sender hören können, der Empfang von Sendestationen der Bundesrepublik aber fast unmöglich ist?

XIII. 6. Abgeordneter **Schmidt (Kempten)**

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, den im Bereich des Bayerischen Rundfunks noch sehr unzulänglichen Empfang des 3. Fernsehprogramms, der von Kultusminister Dr. Huber kürzlich in seiner Antwort auf eine schriftliche Anfrage des Vorsitzenden der FDP-Landtagsfraktion Dr. Klaus Dehler vollauf bestätigt wurde, in absehbarer Zeit so zu verbessern, daß das vom Bayerischen Rundfunk als einziger Rundfunkanstalt der Bundesrepublik ausgestrahlte volle Studienprogramm sowie das darin eingebaute Schulfernsehen möglichst bald von allen Fernsehteilnehmern empfangen werden kann?

XIV. Geschäftsbereich des Bundesministers für wissenschaftliche Forschung

XIV. 1. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig) *)**

Ist die Bundesregierung bereit, die in der Stadt Braunschweig befindlichen 4 Bundesforschungsanstalten:

Forschungsanstalt für Landwirtschaft,

Physikalisch-Technische Bundesanstalt,

Biologische Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft,

Deutsche Forschungsanstalt für Luftfahrt

von eventuellen Kürzungen und Sperrungen der Haushaltmittel auszunehmen?

XIV. 2. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig) *)**

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, damit in den Bundesforschungsanstalten durch die im Zuge der Preissteigerungen eingetretenen Einsparungen der Beschaffung wesentlicher Fachliteratur und Periodika die wissenschaftlichen Arbeitsgrundlagen nicht gehemmt werden?

XIV. 3. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig) *)**

Wird die Bundesregierung wie andere große Industrie-Nationen bereit sein, naturwissenschaftlich-technische Attachés an die wichtigsten Botschaften zu entsenden?

---

*) *Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

XIV. 4. Abgeordnete **Frau Freyh**

Wie viele Studienbewerber mußten an den Universitäten zu Beginn des Wintersemesters 1965/66 wegen Arbeitsplatzmangels oder aus anderen Gründen abgewiesen werden?

XIV. 5. Abgeordneter **Dr. Schultz (Berlin)**

Wie beurteilt die Bundesregierung das Memorandum der Westdeutschen Rektorenkonferenz über die Bundesmittel für den Ausbau der wissenschaftlichen Hochschulen im Jahre 1966?

XV. Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheitswesen

XV. 1. Abgeordneter **Rollmann**

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die von ihr geförderten, der Gesundheitserziehung dienenden Organisationen die Bevölkerung mit der notwendigen Eindeutigkeit darüber aufklären, daß die Feinmehlprodukte und der Fabrikzucker als Hauptursachen der weiter um sich greifenden Zahnkaries zu betrachten sind?

XV. 2. Abgeordnete **Frau Meermann**

Trifft es zu, daß die Bundesanstalt für Qualitätsforschung in Geisenheim bei der Untersuchung von mehreren Salatimporten aus den Niederlanden festgestellt hat, daß der Salat einen Dieldrin-Gehalt aufwies, der um das Zwanzigfache über der im amerikanischen Lebensmittelrecht festgelegten obersten Toleranzgrenze lag?

XV. 3. Abgeordnete **Frau Meermann**

Trifft es zu, daß das giftige Pflanzenschutzmittel Dieldrin in der vom Bundesgesundheitsministerium vorbereiteten Toleranzgrenzen-Verordnung überhaupt nicht aufgeführt werden soll, weil selbst kleinste Rückstände für die menschliche Gesundheit unzuträglich sind?

XV. 4. Abgeordnete **Frau Meermann**

Welche Maßnahmen werden das Bundesgesundheitsministerium und die Gesundheitsbehörden der Länder treffen, um weitere Salatimporte zu verhindern, wenn sie in der bisherigen Weise mit dem giftigen Pflanzenschutzmittel Dieldrin behandelt worden sind?

XV. 5. Abgeordnete **Frau Dr. Hubert**

Wann ist damit zu rechnen, daß die Ausbildungsverordnung nach § 14 des Krankenpflegegesetzes dem Bundesrat vorgelegt wird?

XV. 6. Abgeordneter **Geiger**

Trifft es zu, daß die von der Bundesregierung geplante neue Bundespflegesatz-Verordnung für die Träger der sozialen Krankenversicherung eine jährliche Belastung von etwa 1,8 Milliarden DM bringen wird?

XV.	7. Abgeordneter **Geiger**	Welche Auswirkungen wird die vorgesehene Erhöhung der Pflegesätze auf die Beiträge der Krankenkassen haben?
XV.	8. Abgeordneter **Faller**	Ist der Bundesregierung bekannt, daß bei Ottmarsheim am französischen Rheinseitenkanal die Errichtung eines großen deutsch-französischen Ammoniakwerkes geplant ist?
XV.	9. Abgeordneter **Faller**	Ist die Bundesregierung von den Sorgen der drei im Landkreis Müllheim liegenden Kurorte Badenweiler, Bad Krozingen und Bellingen unterrichtet, daß die Abgase des in Frage XV/8 genannten neuen Werkes die Kurorte erheblich beeinträchtigen könnten?
XV.	10. Abgeordneter **Faller**	Ist die Bundesregierung bereit, bei den zuständigen französischen Behörden darauf hinzuwirken, daß der laut Frage XV/8 geplante Industriebau verhindert wird, zumindest aber negative Auswirkungen auf das badische Grenzland und die drei Kur- und Badeorte ausgeschlossen werden?

Bonn, den 21. Januar 1966